

# MaGIP 3, 2021

## Medienanalysen des Göttinger Instituts für Presseforschung

Göttinger Institut für Presseforschung, ✉ Stefan Matysiak (V.i.S.d.P.), Windausweg 20, 37073 Göttingen  
☎ 0551/9899805, goettinger-presseforschung.org

## „Nase voll von der Corona-Dauerbeschallung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“

Wie die CDU Sachsen-Anhalts die Coronapandemie vorschiebt, um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu verhindern. Eine medienpolitische Analyse

Von Stefan Matysiak

Als die CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalts Anfang Dezember 2020 den öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsendern die Erhöhung der Rundfunkgebühren verweigerte, geriet das Bundesland in eine Regierungskrise. Während die Koalitionspartner SPD und Grüne den moderaten Anstieg von monatlich 86 Cent befürworteten, stellten sich die CDU-Abgeordneten gegen den eigenen Ministerpräsidenten Reiner Haseloff an die Seite der oppositionellen AfD. (Nimz 2020) Die parlamentarische Zustimmung scheiterte, womit auch die zum 1. Januar 2021 für ganz Deutschland vorgesehene Gebührenerhöhung scheiterte.

Die Partei begründete ihr Handeln mit der Coronapandemie und der von ihr ausgelösten Finanzkrise. So sagte der parlamentarische Geschäftsführer und Medienpolitiker der Landtagsfraktion, Michael Kurze, der *Bild am Sonntag*, in Coronazeiten sei „eine Beitragserhöhung nicht vermittelbar“. (Hellemann/Schuler 2020)

### Wirtschaftskrise verbiete Beitragserhöhung

Im selben Sinne sagte auch der Landtagsabgeordnete Carsten Borchert in der *Altmark-Zeitung*, vor dem Hintergrund des Wirtschaftsabschwungs und steigender Arbeitslosenzahlen sei eine „die Erhöhung der Rundfunkgebühren aus unserer Sicht absurd“. Er sei sich mit der Landes-CDU einig, dass „wir das nicht mit-

tragen werden, und ich wäre auch menschlich tief enttäuscht von jedem Parteifreund, der sich diesbezüglich noch umstimmen lässt“. (Anonymus 2020a)

Gegen die Gebührenerhöhung sprach sich jedoch nicht nur die CDU Sachsen-Anhalts aus, sondern diese Einstellung wird auch von anderen sog. konservativen Parteimitgliedern geteilt. So unterstützte auch Friedrich Merz, Kandidat für den CDU-Bundesvorsitz, das wirtschaftliche Argument gegen den Aufschlag von 86 Cent. „Gerade in Zeiten von Corona kann man die Gebührenerhöhung kritisch sehen.“ (Boden et al. 2020) Auch der Brandenburger Landes- und Fraktionsvize Frank Bommert lehnte die Erhöhung ab. (Neiße 2020)

Doch nicht von Christdemokraten bekam Sachsen-Anhalts Landtagsfraktion Unterstützung, auf publizistischer Ebene blies die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in dasselbe Horn. Mit der 86-Cent-Erhöhung würden „die öffentlich-rechtlichen Sender ein Zeichen setzen, von dem man sich schon fragen darf, wie es in die gesellschaftspolitische Landschaft passt“. (Hanfeld 2020) – Die Gebührengegner nehmen zwar die Kosten in den Blick, nicht jedoch die Leistungen der Medien.

Zwar begründete Sachsen-Anhalts CDU ihren Schritt mit dem Argument, die Bevölkerung vor einer finanziellen Überforderung schützen zu wollen. Dieses Argument sei je-



doch vorgeschoben, urteilte der Medienfachjournalist Günter Herkel. (Herkele 2020) Der Hinweis auf die wirtschaftlichen Coronafolgen sei „eine mehr als scheinheilige Begründung“.

### „Linksgrün versifft Propagandamaschine“

Beobachter gehen davon aus, dass die Gebührenerhöhung aus inhaltlich-politischen Gründen abgelehnt wird. Bei den „unzähligen vorgeschobenen Argumente[n]“ gehe es darum, die öffentlich-rechtlichen Medien abzuschaffen. (Dobusch 2020) „Der rechte Flügel der Landes-CDU wehrt sich gegen die angebliche Moralapostelei einer intellektuellen, natürlich linksgrünen Minderheit, gegen Gender-sprache und politische Korrektheit.“ Für diesen Teil der CDU gilt der öffentlich-rechtliche Rundfunk als „eine linksgrün versifft Propagandamaschine, die aufrechte BürgerInnen indoktriniert“. (Schulte 2020)

Die christdemokratischen Vorbehalte gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind nicht neu. Bereits in der Vergangenheit hatte die Partei aus explizit inhaltlichen Gründen angekündigt, die Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu blockieren. Im Juni missfiel Teilen der CDU eine Satire, die sich mit rassistischen Vorkommnissen in der Polizei befasste und die online vom öffentlich-rechtlichen Jugendangebot „Funk“ verbreitet wurde. Sven Schulze, sachsen-anhaltischer EU-Parlamentarier der CDU, ärgerte sich über die Satire so stark, dass er die Bestrafung der gesamten öffentlich-rechtlichen Senderkette forderte. „Dieses Video, finanziert mit Gebühren-geldern von ARD & ZDF, ist ein Schlag ins Gesicht aller Polizisten in Deutschland“, twitterte Schulze. Es sei deshalb „richtig, daß die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrag nicht kommen wird. Die CDU in Sachsen-Anhalt wird das verhindern.“ (Schulze 2020) Wer sich über Polizisten lustig mache, dem gehöre der Geldhahn zugekehrt.

Die Kampagne gegen ARD, ZDF und das Deutschlandradio umfasst jedoch nicht nur finanzielle Sanktionen, sondern in der CDU kursieren längst Pläne für strukturelle Ände-

rungen des deutschen Mediensystems. So empfiehlt der „Bundesfachausschusses Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern“ in einem Vorschlag für das christdemokratische Bundestagswahlprogramm, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk komplett abzuschaffen. „Langfristig sollten die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten schrittweise privatisiert werden“, zitierte *Spiegel* online aus dem Papier. (Reiermann 2020) Die Privatisierungserlöse sollten dazu dienen, einen Medienfonds zu speisen, der künftig einzelne gesellschaftlich wertvolle Programmbeiträge der privaten Sender finanzieren könnte.

### „Coronaberichterstattung zu umfangreich“

Die Coronapandemie muss für die CDU jedoch nur als ökonomisches Argument erhalten, sondern dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird auch die falsche Krisenberichterstattung vorgeworfen. Die Informationsmenge sei zu groß gewesen, so der sachsen-anhaltische Landtagsabgeordnete Borchert: Die Rundfunknutzer hätten „die Nase voll von [...] der Corona-Dauerbeschallung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“. (Anonymus 2020a)

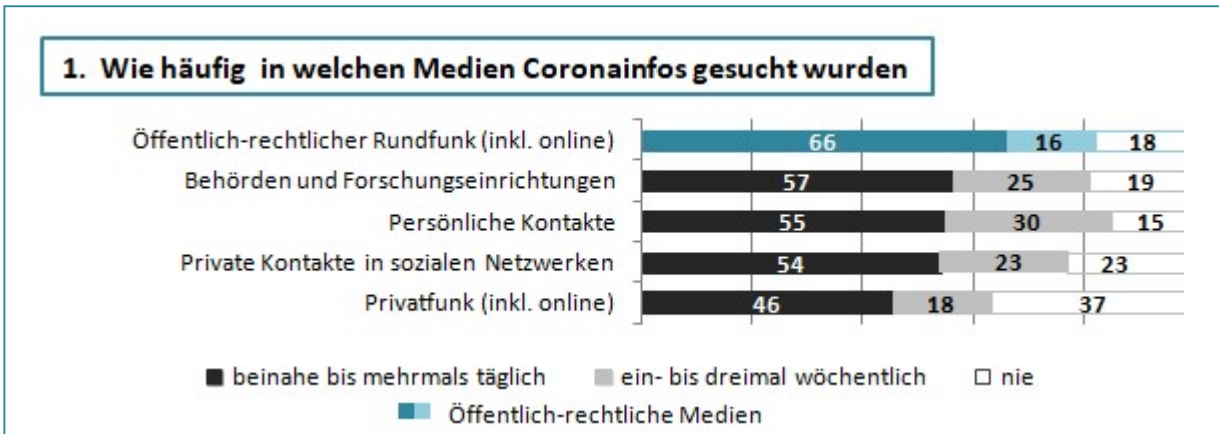
Medienfachjournalist Herkel wies dagegen auf das während der Corona-Krise „enorm angewachsene Interesse der Bevölkerung an den Informationsangeboten von ARD und ZDF“ hin. Dies belege die „Notwendigkeit eines bedarfsgerecht ausgestatteten öffentlich-rechtlichen Rundfunks“. (Herkele 2020)

### Bevölkerung schätzt die Öffentlich-Rechtlichen

Eine Reihe von Studien belegt, dass nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung die christdemokratische Front gegen ARD, ZDF und Deutschlandradio teilt.

So ergab eine Studie von Kommunikationswissenschaftlern der Universitäten Mainz und Düsseldorf (Viehmann et al. 2020), dass die Bevölkerung den öffentlich-rechtlichen Medien während der ersten Hochphase der Coronapandemie die größte Wertschätzung zu





In Prozent; Daten nach Viehmann et al. (2020); N = 2038 Personen, Befragung vom 24. bis 26. März, repräsentative Online-Umfrage.

Weitere Ergebnisse (täglich): traditionelle Medien in sozialen Netzwerken 45; Lokal-/Regionalpresse (inkl. online) 44; Alternative Nachrichtenseiten (Web) 35; überregionale Tages- und polit. Wochenpresse (inkl. online) 34; News von Freunden/Bekanntem aus soz. Medien 31; Boulevardpresse (inkl. online) 23; Influencer (Web) 18.

Teil werden ließ. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (inkl. Online-Angebot) war das am häufigsten genutzte Medium, zwei Drittel der Befragten nutzten ihn täglich oder mehrmals täglich (Abbildung 1).

Der vom christdemokratischen Bundesfachausschuss Wirtschaft favorisierte private Rundfunk war dagegen während der ersten Coronawelle für die allgemeine Bevölkerung weniger nachgefragt. Mehr als jeder dritte Befragte (37 Prozent) nutzte diese Sender nie als Informationsquelle. Und auch für die tägliche

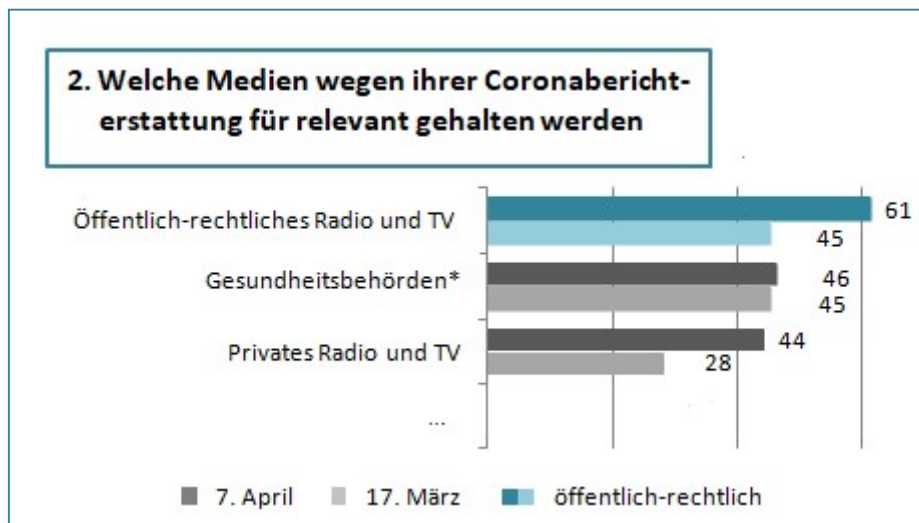
Nachrichtensversorgung wurden sie nur von knapp jedem Zweiten (46 Prozent) genutzt.

Diese intensive Nutzung öffentlich-rechtlicher Informationsquellen begründet große Zweifel, dass die Bevölkerung die Vorbehalte gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk teilt.

### Öffentlich-Rechtliche gelten als relevant

Warum die öffentlich-rechtlichen Medien einen so großen Zuspruch erhielten, zeigt eine Studie über Wissen, Risikowahrnehmung und

Vertrauen in Coronazeiten, an der u.a. die Uni Erfurt, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und das Robert-Koch-Institut beteiligt waren (Abbildung 2): Die von Betsch 2020 befragten Menschen fanden die öffentlich-rechtlichen Medien am relevantesten. Am Anfang der Unter-



In Prozent; Daten nach Betsch 2020; N = ca. 1000 Personen, Befragung vom 10. März bis 25. Mai, repräsentative Online-Umfrage.

Weitere Ergebnisse (17. März/7. April): private Gespräche 39/39; Internet 24/39; Tages-/Wochenpresse 35/37; Magazine 25/27.

\* Webseiten von Bundesgesundheitsministerium, Robert-Koch-Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.



suchung, dem 17. März, waren ARD & Co sowie die Webseiten der Gesundheitsbehörden (Bundesgesundheitsministerium, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Robert-Koch-Institut) für knapp jeden Zweiten (45 Prozent) relevant. Der von Teilen der CDU favorisierte Privatkfunk wurde dagegen lediglich von weniger als einem Drittel der Bevölkerung (28 Prozent) als relevant angesehen.

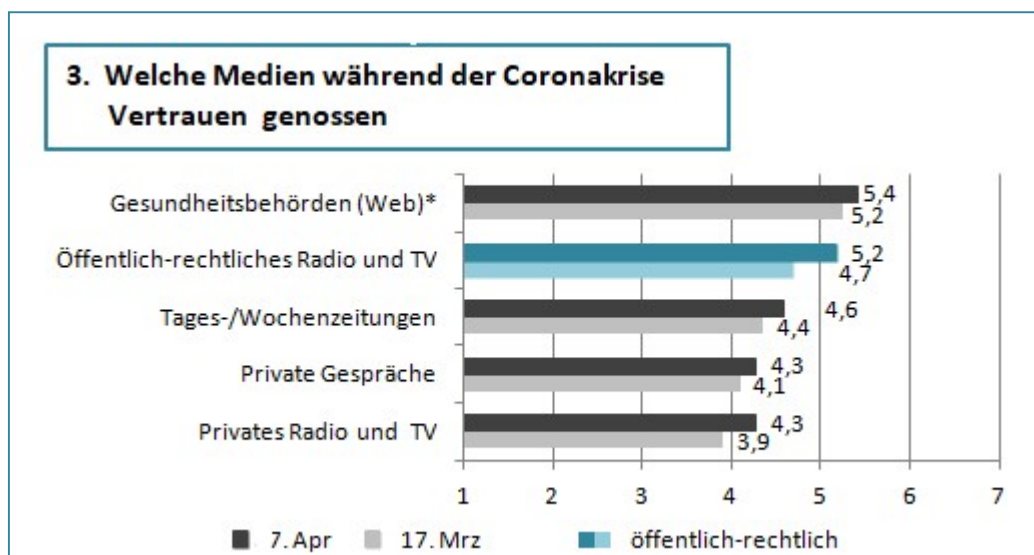
Zum nächsten Untersuchungszeitpunkt, dem 7. April, hatte sich das Bild deutlich verschoben. Drei Wochen intensiver Medienkonsum hatten ausgereicht, die Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks um ein knappes Drittel auf 61 Prozent steigen zu lassen.

Zwar fehlen Folgerhebungen, jedoch lässt sich ein deutlicher Lernprozess erkennen, als dessen Folge die Einsicht deutlich anstieg, dass die Berichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen eine sehr große Relevanz hat. Zwar wuchs auch die Bedeutung des von Teilen der CDU bevorzugten kommerziellen Rundfunks deutlich (auf 44 Prozent), an die Relevanz der von den Mediennutzern favorisierten öffentlich-rechtlichen Konkurrenz reichen die Privaten jedoch nicht heran. Die Relevanzfrage zeigt, dass allgemeines Publikum und christdemokratische Medienkritiker offenbar divergierende Vorstel-

lungen von qualitativ hochwertigen Medien haben.

### Öffentlich-Rechtliche gelten als vertrauenswürdig

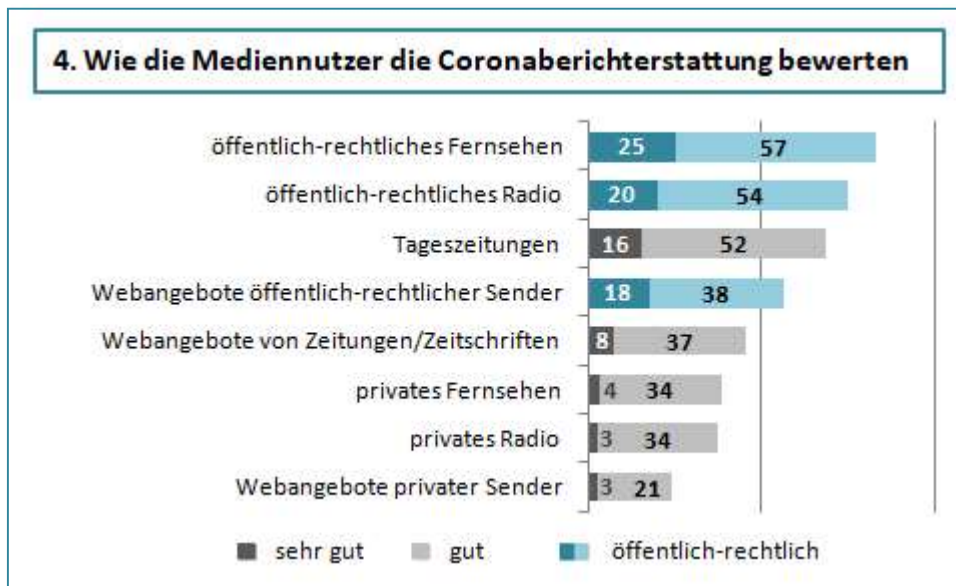
Die Relevanzfrage korrespondiert zudem mit dem Vertrauen, das den Medien entgegen gebracht wird. Betsch 2020 fragte in ihrer Studie auch, „wie sehr vertrauen Sie den folgenden Informationsquellen in Bezug auf die Berichterstattung zum neuartigen Coronavirus?“ Auch in puncto Vertrauen schnitten die öffentlich-rechtlichen Sender sehr gut ab (Abbildung 3). Nach den Gesundheitsbehörden erreichte das Vertrauen, das den öffentlich-rechtlichen Sendern entgegengebracht wurde, auf einer siebenstufigen Skala einen Wert von rund 5. Auch in diesem Fall brachte das Publikum dem privaten Rundfunk deutlich weniger Vertrauen entgegen. Dieses Mediensegment erreichte auf der siebenstufigen Vertrauensskala lediglich die Werte 3,9 bzw. 4,3. Auch hier wird deutlich, dass die Bevölkerung von den christdemokratischen Privatisierungsplänen keine Verbesserung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erwarten dürfte.



Bewertung nach einer Skala von 1 (sehr wenig Vertrauen) bis 7 (sehr viel Vertrauen); Daten nach Betsch 2020; N = ca. 1000 Befragte, repräsentative Online-Umfrage, 10. März bis 25. Mai.

Weitere Ergebnisse (17. März/7. April): Magazine 4,1/4,3; Internet 3,4/4,0.

\* Webseiten von Bundesgesundheitsministerium, Robert-Koch-Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.



Noten in Prozent; Daten nach Infratest dimap 2020: 33; N = 1001 Befragte, repräsentative Telefonumfrage (Wahlbevölkerung), Befragung vom 23. September bis 5. Oktober. An 100 fehlende: schlecht, sehr schlecht, nutze ich nicht, kann ich nicht beurteilen, weiß nicht, keine Angabe. Weitere Ergebnisse (sehr gut/gut): Youtube 3/9; Boulevardpresse 1/10; Facebook 1/8; Twitter 1/3; Instagram 0/4.

### Öffentlich-Rechtliche Infos mit Bestnoten

Die Studien, die nach der Nutzungshäufigkeit, dem Vertrauen oder der Relevanz der Coronaberichterstattung fragten, sind bereits gut geeignet, das Verhältnis des Publikums zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu klären. Infratest dimap (2020) bat die Befragten in einer Untersuchung zusätzlich darum, die Coronaberichterstattung mit den vier Kategorien sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht zu bewerten. Nach dieser Studie bekamen öffentlich-rechtliche Angebote die mit Abstand besten Noten (Abbildung 4).

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen wurde von insgesamt 82 Prozent der Befragten als sehr gut oder gut bezeichnet, was unter allen abgefragten Medienangeboten der Bestwert ist. Als zweitbestes Medienangebot wurde das öffentlich-rechtliche Radio genannt, das 74 Prozent der Befragten als sehr gut oder gut beurteilten. Das öffentlich-rechtliche Webangebot folgte - nach den Tageszeitungen (68 Prozent) - auf Rang 4, immerhin noch von 56 Prozent der Mediennutzer positiv beurteilt. Die von Teilen der CDU favorisierten privaten Medienangebote wurden da-

gegen (mit einem Zuspruch von maximal 40 Prozent) deutlich schlechter bewertet. Ein „sehr gut“ war nur im niedrigen einstelligen Prozentbereich zu vernehmen, und auch das Urteil „gut“ kam nur von rund einem Drittel der Befragten. Diese geringe Wertschätzung privaten Rundfunks bestätigt den Kontrast zwi-

schen den am Privatfunk orientierten medienpolitischen Vorstellungen von Teilen der CDU und den Positionen des allgemeinen Publikums.

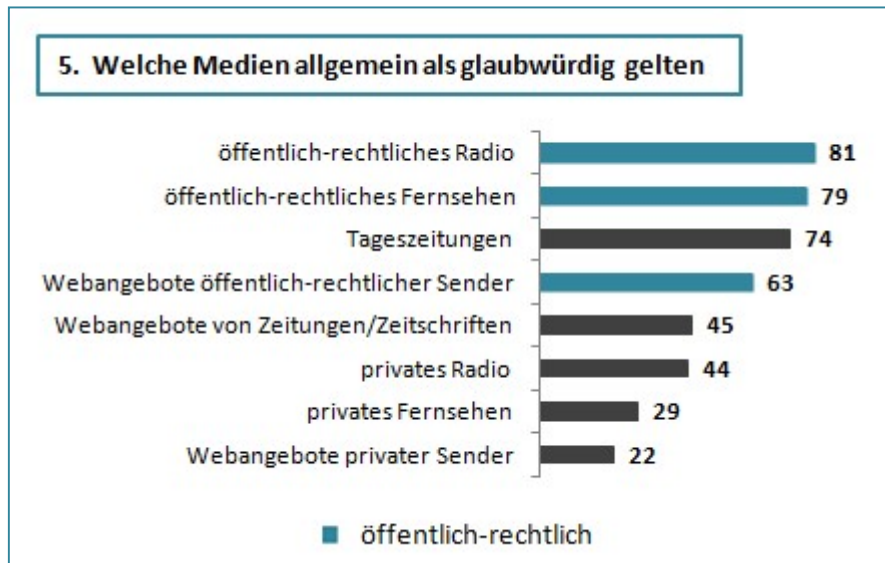
### Nicht nur wegen der Coronaberichterstattung

Während die voranstehenden Studien explizit nach der Mediennutzung in Coronazeiten fragten, erhob die Untersuchung von Infratest dimap zusätzlich auch allgemeine Einschätzungen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. So wollte das Institut von den Befragten wissen, welche Medien sie „für glaubwürdig oder weniger glaubwürdig halten“. (Infratest dimap 2020: 26)

Wie alle anderen, so ergab auch diese Befragung eine große Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Informationsangebots. Dieses Mediensegment gehört auch jenseits der Ausnahmesituation Coronakrise zum Glaubwürdigsten, was das Informationswesen zu bieten hat (Abbildung 5, nächste Seite).

Vier von fünf Befragten vertrauten dem Programm von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Diese Studie bestätigt erneut, dass das von Teilen der CDU favorisierte privatrechtl-





Zustimmung in Prozent; Daten nach Infratest dimap 2020: 26; N = 1001 Befragte, repräsentative Telefonumfrage (Wahlbevölkerung), Befragung vom 23. September bis 5. Oktober.

An 100 fehlende: Weiß nicht/keine Angabe. Weitere Ergebnisse: Youtube 1; Twitter 7; Facebook 7; Boulevardpresse 6; Instagram 5.

che Informationsangebot deutlich weniger Zuspruch erfuhr. Während kommerzielle Radiosender immerhin noch von zwei Fünftel der Befragten als glaubwürdig angesehen wurden, galt dies beim Fernsehen nur noch für weniger als ein Drittel und beim Webangebot des privaten Rundfunks für gerade einmal ein Fünftel der Befragten.

Das Programm von ARD, ZDF und Deutschlandradio gilt außerdem nicht nur als glaubwürdig, sondern auch noch als ausgewogen. Drei Viertel sagten dies über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Radio 75, Fernsehen 74 Prozent), während dies nur ein Drittel über das private Radio und ein Viertel über das private TV sagen wollten. (Infratest dimap 2020: 37)

### CDU-Wähler und die Öffentlich-Rechtlichen

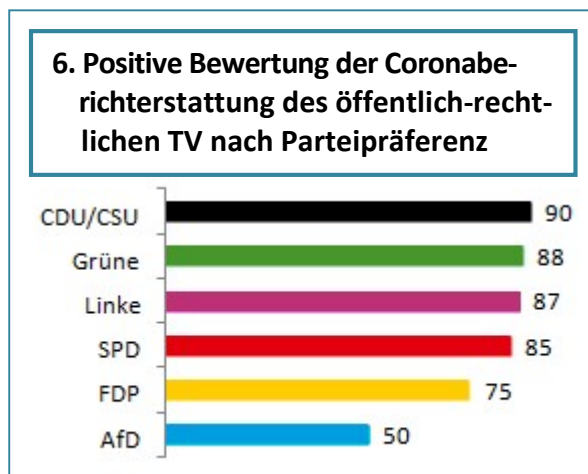
Angesichts der christdemokratischen Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen lohnt ein Blick auf die medienpolitischen Vorstellungen, die die Anhängerschaft\* der CDU erkennen lässt. Trägt die christdemokratische Wählerschaft die Aktivitäten zur Diskreditierung und Beschneidung von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit?

\* Erfragt durch: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“

So kann anhand der Studie von Infratest dimap geklärt werden, inwieweit die Aussage des sachsen-anhaltischen Landtagsabgeordneten Borchert geteilt wird, die Mediennutzer hätten angesichts der Umfangs der Berichterstattung „die Nase voll von [...] der Corona-Dauerbeschallung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“. (Anonymus 2020a)

Auf die Frage, wie sie die Coronaberichterstattung beurteilen, antworteten 90 Pro-

zent der CDU-Anhänger, die Informationen seien gut oder sogar sehr gut gewesen. (Abbildung 6) Das ist der höchste Wert von allen Parteien. In derselben Zahlendimension bewegt sich auch die Wählerschaft von SPD, Grünen und Linken.



Bewertung als gut/sehr in Prozent; Daten nach Infratest dimap 2020: 34.

Borcherts Kritik wird in größerem Ausmaß lediglich von der AfD-Wählerschaft geteilt, von der jeder zweite die öffentlich-rechtliche Coronaberichterstattung ablehnte.

Anders als vermutlich von der CDU Sachsen-Anhalts erwartet, sind christdemokrati-



sche Anhänger die größten Freunde der Coronaberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Die Medienkritik dieser christdemokratischen Parteikreise und die Vorstellungen ihrer Wählerschaft unterscheiden sich offensichtlich deutlich.

Zur konservativen Kritik an ARD, ZDF Deutschlandradio gehört auch der Vorwurf fehlender Ausgewogenheit. Den öffentlich-rechtlichen Sendern mangle es an der „Einhaltung der gebotenen politischen Neutralität“, klagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael von Abercron. (Abercron 2020) Das Programm böte „heute nur noch die eine Richtung“, nämlich eine „Art linker Wohlfühlkommunikation“. Nachrichtensendungen, politische Magazine und Talkshows verkämen „immer mehr zu einheitlichen Indoktrinationsplattformen, die durch eine links-grüne Weltanschauung geprägt sind“.

Auch beim Thema Ausgewogenheit unterscheiden sich die medienkritischen konservativen Parteikreise deutlich von der christdemokratischen Anhängerschaft. Insgesamt 74 Prozent der Deutschen halten das Fernsehprogramm von ARD und ZDF für ausgewogen, nur 15 Prozent beklagen dagegen Parteilichkeit. (Infratest dimap 2020: 38) Auch die befragten CDU-Wähler finden das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit der überwältigenden Mehrheit von 84 Prozent ausgewogen. (Abbildung 7)

Die Daten belegen, dass sich die Medienkritik christdemokratischer Parteikreise und die Vorstellungen ihrer Wählerschaft auch beim Thema Ausgewogenheit des öffentlich-recht-

lichen Fernsehens deutlich unterscheiden. Die Einstellungen konservativer Teile der CDU stimmen weniger mit denen der eigenen Wähler als mit den Positionen der AfD-Wähler (sowie auch mit vielen FDP-Anhängern) überein.

Auch die Pläne des christdemokratischen Bundesfachausschusses Wirtschaft, ARD, ZDF und das Deutschlandradio abzuschaffen bzw. zu privatisieren (Reiermann 2020), werden von der CDU-Wählerschaft nicht geteilt. Insgesamt 83 Prozent der Befragten halten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für unverzichtbar. Dagegen teilen nur 15 Prozent das medienpolitische Ziel, ihn zu beseitigen. (Infratest dimap 2020: 57)

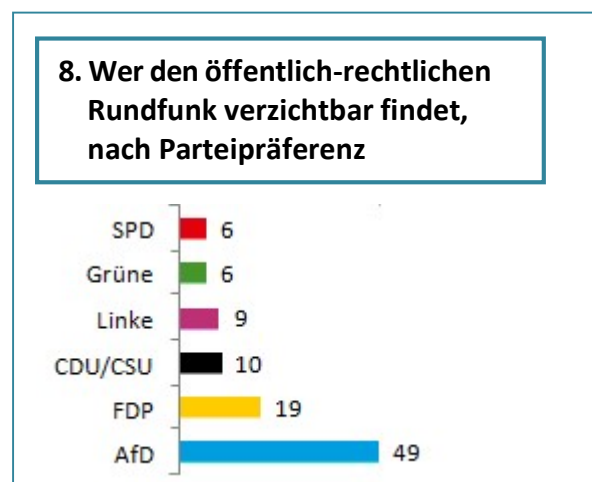
Von den CDU-Wählern wollen noch weniger, nämlich lediglich zehn Prozent auf ARD & Co verzichten. (Abbildung 8) Auch hier gilt, dass sich die medienpolitischen Vorstellungen einzelner christdemokratischer Parteizirkel nicht mit denen der Zielgruppe decken.

Wie bei den Themen Coronaberichterstattung (Abbildung 6) und Ausgewogenheit (Abbildung 7) gilt auch für die christdemokratischen Pläne zum Verzicht auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dass sich die Partei eher an den AfD-Vorstellungen orientiert als an den eigenen Anhängern. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil über die CDU Sachsen-Anhalt: Sie „verbündet sich mit der offen rechtsextremen Landes-AfD“. Beide teilen dieselben medienpolitischen Vorstellungen. ◀

(13.1.2021)



Bewertung als ausgewogen in Prozent; Daten nach Infratest dimap 2020: 39.



Bewertung als verzichtbar in Prozent; Daten nach Infratest dimap 2020: 58.

## Literatur

- Abercron, Michael von (2020): Die notwendige Reform. (Namensbeitrag für die Neue Osnabrücker Zeitung), 13.01.2020, 12:15 Uhr, von-abcron.de/lokales\_1\_1\_142\_Die-notwendige-Reform.html (3.1.2021).
- Anonymus (2020a): „Auch mal unbequeme Wege gehen“. Carsten Borchert kämpft weiter gegen Erhöhung des Rundfunkbeitrags. In: *Altmark-Zeitung* online, 23.11.2020, az-online.de/altmark/beetzendorf-diesdorf/carsten-borchert-kaempft-weiter-gegen-erhoehung-rundfunkbeitrags-13937513.html (22.11.2020).
- Anonymus (2020b): Wegen Satire-Video: CDU ist gegen Rundfunkbeitragserhöhung. Ein Video des öffentlich-rechtlichen Netzwerks Funk kritisiert rassistische Polizisten. Die Christdemokraten sind entsetzt – und wollen die Anhebung der Rundfunkgebühr stoppen. 20.08.2020, 15:58 Uhr. In: *Computerbild* online, computerbild.de/artikel/cb-News-Freizeit-Video-Racial-Profilung-Rundfunkbeitrag-Erhoehung-CDU-27230641.html (22.11.2020).
- Betsch, Cornelia (2020): COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO). Ergebnisse aus dem wiederholten querschnittlichen Monitoring von Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während des aktuellen COVID-19 Ausbruchsgeschehens. Stand 11.4.2020 (Version 06-02), Uni Erfurt online, projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/archiv/06-02/cosmo-analysis.html (14.9.2020).
- Cindy Boden/ Christian Deutschländer/ Florian Naumann (2020): CDU-Beben in Sachsen-Anhalt: Söder urteilt klar - und gibt Prognose zur Zukunft der AfD ab. In: *Münchener Merkur* online, Update vom 2. Dezember, 18.40 Uhr, merkur.de/politik/rundfunkbeitrag-sachsen-anhalt-akk-cdu-gez-cdu-afd-kenia-haseloff-spd-gruene-zr-90117321.html (22.11.2020).
- Dobusch, Leonhard (2020): Es geht nicht um 86 Cent, es geht um Grundsätzliches. In: Netzpolitik.org, 01.12.2020, 09:56 Uhr, netzpolitik.org/2020/es-geht-nicht-um-86-cent-es-geht-um-grundsatzliches/ (22.11.2020).
- Edelman Trust (2020): Edelman Trust Barometer 2020, Special Report: Trust and the Coronavirus, online, edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2020-03/2020%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Coronavirus%20Special%20Report\_0.pdf (14.9.2020).
- Gesellschaft für integrierte Kommunikationsforschung (2020): Corona Krise: Sorgen, Informationsbedürfnis, Mediennutzung und Beurteilung der Massnahmen der Regierung. b4p Trends 1/2020, online, gik.media/wp-content/uploads/2020/04/200407\_b4ptrends\_14\_Apr\_Corona.pdf (14.9.2020).
- Hanfeld, Michael (2020): Darf man den höheren Rundfunkbeitrag nicht ablehnen? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* online, 24.11.2020, 16:47 Uhr, faz.net/aktuell/feuilleton/die-cdu-fraktion-in-sachsen-anhalt-und-der-rundfunkbeitrag-17067226.html (22.11.2020).
- Hellemann, Angelika/Ralf Schuler (2020): Krise erschüttert die Bundespolitik. Zerlegt sich die CDU wegen 86 Cent? In: *Bild am Sonntag* online, 06.12.2020, 06:31 Uhr, bild.de/politik/inland/politik-inland/krise-erschuettert-bundespolitik-zerlegt-sich-die-cdu-wegen-86-cent-74314438.bild.html (22.11.2020).
- Herkel, Günter (2020): Scheinheilige Debatte. Trotz Empfehlung der KEF geht Gezerre um Rundfunkbeitrag weiter. In: *M – Menschen machen Medien* online, 19.06.2020, mmm.verdi.de/medienpolitik/scheinheilige-debatte-66991 (22.11.2020).
- Infratest dimap (2020): Glaubwürdigkeit der Medien 2020. Eine Studie im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks. Oktober 2020. Online unter ard.de/die-ard/Glaubwuerdigkeit-der-Medien-WDR-Studie-100.pdf (22.11.2020).
- JH/PM (2020): CDU boykottiert Rundfunkbeitrag. In: *M – Menschen machen Medien* online, 19. November 2020, mmm.verdi.de/medienpolitik/cdu-boykottiert-rundfunkbeitrag-69677 (22.11.2020).
- Klingbeil, Lars (2020), zit. n. Christopher Piltz: Ärger um Rundfunkbeitrag: Magdeburger Störsender. In: *Spiegel* online, 20.11.2020, 16.14 Uhr, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rundfunk>
-



- beitrag-cdu-in-sachsen-anhalt-lehnt-erhoehung-ab-gemeinsam-mit-afd-a-95556b81-0894-4466-a38f-224e04f83ddd (4.1.2021).
- Neiße, Wilfried (2020): Teure 86 Cent mehr Rundfunkbeitrag. In Brandenburg ist der Vizechef der CDU gegen die Erhöhung. In: *Neues Deutschland* online, 08.12.2020, 18:26 Uhr, neues-deutschland.de/artikel/1145526.oeffentlich-rechtliche-teure-cent-mehr-rundfunkbeitrag.html (22.11.2020).
- Nimz, Ulrike (2020): Kenia-Bündnis: Koalition in Sachsen-Anhalt droht zu kippen. In: *Süddeutsche Zeitung* online, 2. Dezember 2020, 18:06 Uhr, sueddeutsche.de/politik/gez-rundfunkgebuehren-sachsen-anhalt-1.5134254 (22.11.2020).
- Reiermann, Christian (2020): Vorschlag für Wahlprogramm, CDU-Wirtschaftsexperten wollen ARD und Co. privatisieren. In: *Spiegel* online, 15.12.2020, 12.30 Uhr, spiegel.de/politik/deutschland/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-cdu-experten-wollen-ard-und-co-privatisieren-a-c00ec550-71fa-4203-b247-84f59a5b9409 (22.11.2020).
- Schulte, Ulrich (2020): Kulturkampf in Sachsen-Anhalt. Beim Gebührenstreit geht es nicht um 86 Cent. Die AfD und der rechte CDU-Flügel wollen einen vermeintlich linksgrünen Rundfunk schwächen. In: *taz* online, 6.12.2020, taz.de/Streit-um-Rundfunkgebuehren/!5730999/ (22.11.2020).
- Schulze, Sven (2020), Tweed vom 18.08.2020, 19.47 Uhr, twitter.com/schulzeeuropa/status/1295779357785567238 (22.11.2020).
- Viehmann, Christina/Marc Ziegele/Oliver Quiring (2020): Informationsnutzung in der Corona-Krise. Report zu ersten Befunden aus zwei Erhebungswellen. In: Institut für Publizistik der Uni Mainz, online, 27.8.2020, kowi.ifp.uni-mainz.de/aktuelle-projekte/informationsnutzung-in-der-corona-krise/ (14.9.2020).
-